

ALLE NACH IHRER FASSON – FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN IN BERLIN

1

2 Für viele Menschen ist Berlin das Symbol der Freiheit. Das Bild der weltoffenen Stadt, in
3 der alle nach ihrer Fassung glücklich werden können, hat sich seit Jahrhunderten verfestigt.
4 Trotz oder gerade weil es auch immer wieder historisch lange Phasen gab, die geprägt
5 waren von Unfreiheit, Terror und staatlicher Verfolgung.

6 Heute, so viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der friedlichen Revolution
7 im Ostteil der Stadt, ist Berlin mehr denn je eine vielfältige Stadt. Ein Sehnsuchtsort
8 für Menschen aus aller Welt. Ob Berliner*innen der 1. bis X-ten Generation, Ein-Eltern-
9 Familien oder Familien mit mehr Eltern, Menschen mit Behinderung oder Menschen
10 ohne Behinderung, Gläubige oder Nichtgläubige, LSBTIQ*, Schwarze Menschen,
11 People of Color, Sintize* und Romnja*, Kinder, Jugendliche und alte Menschen:
12 Sie alle wollen hier nach ihrer Fassung glücklich werden.

13 **Freiheit den Lebensentwürfen - Kampf den unterdrückerischen** 14 **Strukturen**

15 Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist es daher ein zentrales Ziel, Berlin als Stadt zu
16 gestalten, in der die unterschiedlichen Lebensentwürfe friedlich und anregend neben- und
17 miteinander bestehen können, ohne sich gegenseitig auszugrenzen. Gelingen kann uns
18 das, wenn wir Zivilcourage zeigen und wenn wir gemeinsam Verantwortung sowohl für
19 das eigene Wohl als auch das der Anderen übernehmen. Wenn wir Lebensentwürfe, die
20 wir nicht gut finden oder sogar ablehnen, aushalten und Diskriminierungen auch dann
21 bekämpfen, wenn sie sich gegen andere richten. Wir sind uns bewusst, dass eine vielfäl-
22 tige und bunte Gesellschaft Konflikte und Auseinandersetzungen mit sich bringt. Diese
23 Kontroversen sind ein Zeichen für das gesellschaftliche Zusammenwachsen in Vielfalt.
24 Deshalb ist es auch wichtig, dass wir sowohl vehement gegen unterdrückerische, aus-
25 grenzende und diskriminierende Strukturen als auch (Denk-) Systeme vorgehen. Um es
26 deutlich zu sagen: Freiheit allen friedlichen Lebensentwürfen, aber Kampf den unter-
27 drückerischen Strukturen.

28 Wir brauchen klare Position für vielfältige, inklusive, diskriminierungsfreie, antirassisti-
29 sche, feministische empowernde und offene Strukturen, Gesetze und gesellschaftliche
30 Normen. Audre Lorde hat einmal gesagt: „*Es sind nicht unsere Unterschiede, die uns tren-*
31 *nen. Es ist unsere Unfähigkeit, diese Unterschiede zu erkennen, zu akzeptieren und zu fei-*
32 *ern.*“ Wie Audre Lorde schon dafür plädiert hat, so setzen auch wir uns für die Anerken-
33 nung und die Wertschätzung von Vielfalt der Lebensentwürfe ein – solange diese Le-
34 bensentwürfe nicht selbst unterdrückerisch, Menschen verachtend oder diskriminierend
35 gegen andere sind.

36 **Es geht uns alle an!**

37 Es gibt zwar eine Dominanzgesellschaft, aber das ist keine Mehrheitsgesellschaft, denn
38 die Mehrheit der Menschen gehört in einer oder mehreren Hinsichten einer marginali-
39 sierten Gruppe an. Wir wollen das Bewusstsein für die Existenz von Intersektionalitäten
40 und Mehrfachzugehörigkeiten in unserem politischen Handeln verankern und sicher-
41 stellen, dass Antidiskriminierung, Gleichberechtigung, Inklusion und Empowerment kei-
42 ne Minderheiten- und keine Nischenpolitik sind, sondern im Kern eines jeden demokra-
43 tischen Rechtsstaats verankert sein müssen.

44 Berliner*innen leben eine Vielzahl von Lebensentwürfen. Deshalb ist eine Politik, die
45 sich Artikel 2 („Freie Entfaltung der Persönlichkeit“) des Grundgesetzes verschreibt, kei-
46 ne Politik für eine Nische, keine Politik für gute Zeiten, sondern elementar für die De-
47 mokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie wahrt die Menschenwürde,
48 den festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz und die Minderheitenrechte. Sie garantiert
49 gleichberechtigte Teilhabe und ist somit eine Politik für alle, für das Gemeinwohl.

50 **Nur gemeinsam sind wir stark**

51 Für eine gemeinwohlorientierte Solidarität wollen wir sowohl auf staatlicher Seite die
52 Strukturen und Gesetze, als auch die gesamtgesellschaftliche Grundlage schaffen.

53 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Umweltschützer*innen bei rassistischen Übergriffen
54 solidarisch aufschreien und Hanfaktivist*innen für die Rechte von Menschen mit Behin-
55 derung protestieren. Nur wenn wir Solidarität und Allianzen untereinander fördern und
56 praktizieren, schaffen wir es, die durch das Grundgesetz garantierte freie Entfaltung der
57 Persönlichkeit auch zu gewährleisten. Dafür brauchen wir – auch staatlich unterstützte
58 – Strukturen, die den Austausch unter den verschiedenen Bewegungen organisieren,
59 solidarische Aktionen fördern und gegenseitiges Lernen vorantreiben.

60 Dies kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam für eine Gemeinwohlsolidarität kämpfen.
61 Die Gemeinwohlsolidarität rückt den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl in
62 den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Eine soziale, gerechte und
63 friedliche Gesellschaft kann es nur dann geben, wenn jede*r sich in dieser für das ge-
64 samte Wohl verantwortlich fühlt und den Raum bekommt, das eigene Leben selbstbe-
65 stimmt und frei von Demütigungen und Verurteilung zu gestalten. Ohne die Anerken-
66 nung des Sozialen als Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind wir nicht in der Lage, im
67 umfassenden ökologisch nachhaltigen Wohlstand zu leben.

68 **Grundlagen**

69 Für uns ist es zentral, Armut und soziale Not zu überwinden und allen Menschen das
70 Leben zu ermöglichen, das sie sich wünschen. Deshalb arbeiten wir Grüne mit Nach-
71 druck an arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Lösungen, die nicht vom Misstrauen ge-
72 genüber den Menschen geprägt sind. So wollen wir beispielsweise Sanktionen beim
73 ALG II abschaffen und eine Kindergrundsicherung einführen.

74 Genauso bewusst ist uns: Jenseits dieser materiellen Voraussetzungen gibt es andere
75 Barrieren und Benachteiligungen, die der Verwirklichung von Selbstbestimmung und
76 gleichberechtigter Teilhabe entgegenstehen. Auch hier wollen wir die zentralen Stell-
77 schrauben weiterdrehen. Wo wir dabei Handlungsnotwendigkeiten sehen und was wir
78 dabei machen werden, damit wollen wir uns in diesem Antrag beschäftigen.

79 **Berlin ist bunt – schon immer**

80 Als 1961 die ersten Menschen im Zuge des Anwerbeabkommens nach (West-) Berlin
81 gezogen sind, war das Berliner Stadtbild noch vom Krieg gezeichnet. Viele Neu-Ber-
82 liner*innen sind damals aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Tunesien und
83 Spanien gekommen und haben in auffälligen Wohnungen in Sanierungsgebieten oder
84 in Mauernähe gewohnt – überall da, wo sonst niemand bereit war, Mieten zu zahlen.
85 Sie haben in den Fabriken (bspw. Siemens, Osram) körperliche Schwerstarbeit in unwür-
86 digen Schichtzeiten geleistet – eine Arbeit, die sonst keiner machen wollte, die aber
87 erheblich dazu beigetragen haben, dass die Bundesrepublik Deutschland zu einer welt-
88 weiten Wirtschaftsmacht geworden ist. Trotz der widrigen Wohn-, Lebens- und Arbeits-
89 umstände haben sie hier in Eigenregie Wohnungen saniert, Kinder erzogen, Vereine ge-
90 gründet, Läden aufgemacht, ihr Handwerk angeboten, Kunst geschaffen – alles, um sich
91 und ihrer Familie ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die Geschichte dieser Pionierge-
92 neration wird häufig allein innerhalb der Familie von einer Generation in die andere

93 weitergegeben, dabei ist die Geschichte der Aufbaugeneration überall im Berliner
94 Stadtbild sichtbar: Sei es das Urban Krankenhaus oder der Bau der U-Bahnlinie 8, die
95 Bepflanzung von Bäumen an Straßen und in Parks. Das heutige Stadtbild und der wirt-
96 schaftliche Aufbau Berlins sind maßgeblich durch die Arbeit und Mühe dieser ersten
97 Generation gekennzeichnet. Im Osten Berlins hatten die Vertragsarbeiter*innen aus Vi-
98 etnam und Mozambique keine Möglichkeit, sich viel Eigenes aufzubauen: Aber auch sie
99 haben mit ihrer Arbeit und den wenigen Kontakten, die zu den Berliner*innen möglich
100 waren, die Stadt bereichert – und tun es bis heute.

101 Diese Leerstelle in der kollektiven Erinnerung ist ein Beispiel von vielen. Zu den Grund-
102 lagen einer freien Entfaltung der Persönlichkeit gehört aber auch die Sichtbarkeit der
103 eigenen Lebensrealität im öffentlichen Diskurs. Daher fordern wir, dass sich die Diversi-
104 tät der Stadtgesellschaft stärker als bisher in der Erinnerungskultur und in der Arbeit
105 der Berliner Kultur- und Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Das gilt insbesondere für
106 Intendanten, Aufsichtsgremien und andere Leitungsfunktionen, aber auch bei ganzen
107 Ensembles und ihren Spielplänen. Ähnlich verhält es sich in der kulturellen Projektför-
108 derung, in der die künstlerische Arbeit von, für und mit Menschen mit Migrationsge-
109 schichte, POC und Schwarze Menschen hinter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung
110 zurückbleibt. Das wollen wir ändern, indem wir gezielte Anreize für die Diversitätsent-
111 wicklung öffentlicher Kultureinrichtungen schaffen, wie es etwa New York mit seinem
112 „Cultural Plan“ vormacht. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Diversitätsfonds, wie
113 er im Koalitionsvertrag vereinbart, aber bislang nicht umgesetzt wurde. Lange Zeit wur-
114 de die deutsche Kolonialvergangenheit, ihre Verbrechen und langfristigen Folgen igno-
115 riert, verschwiegen und ausgeblendet. Das beginnt sich gerade zu ändern, auch dank der
116 Debatten über die Restitution von Artefakten und menschlichen Gebeinen aus kolonia-
117 len Unrechtskontexten, die sich immer noch zu zig Tausenden in musealen Sammlun-
118 gen und Depots hierzulande befinden. Wir unterstützen Forderungen nach deren Rück-
119 gabe an die Herkunftsgesellschaften – und die Beweislastumkehr zugunsten der Nach-
120 fahren und Rechtsnachfolger in den ehemaligen deutschen Kolonien. Wir fordern des-
121 halb die komplette Offenlegung fraglicher Museumsbestände und eine systematische
122 Erforschung von deren Herkunfts- und Besitzgeschichte (Provenienz). Wir wollen, dass
123 Berlin vorangeht, etwa indem wir endlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Resti-
124 tution von Kulturgütern in der Landeshaushaltsordnung schaffen. Eine postkoloniale
125 Erinnerungskultur, die ihren Namen verdient, umfasst allerdings sehr viel mehr, als die
126 Rückgabe einzelner Objekte an ihre rechtmäßigen Besitzer*innen. Wir wollen eine echte
127 Dekolonisierung Berlins im Sinne eines umfassenden, gesamtstädtischen Erinnerungs-
128 konzepts. Dazu gehört zuvörderst der Dialog mit den Nachfahren der Kolonisierten im

129 Sinne einer geteilten, gemeinsamen Geschichte, aber auch mit den zahlreichen zivilge-
130 sellschaftlichen Organisationen und Initiativen in unserer Stadt, die aktiv sind. Die post-
131 koloniale Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit muss neben dem Kulturbereich die The-
132 men Wissenschaft und schulische Bildung, Städtepartnerschaften und internationale
133 Verantwortung, den Umgang mit dem öffentlichen Raum (etwa im Zusammenhang mit
134 Straßenumbenennungen), oder Diskriminierung und Rassismus in unserer heutigen Ge-
135 sellschaft als Nachwirkungen des Kolonialismus umfassen. Auch deshalb setzen wir uns
136 für eine zentrale Gedenkstätte an die Opfer der deutschen Kolonialverbrechen und ei-
137 nen entsprechenden Bildungsort in Berlin ein.

138 Nicht erst jetzt sind viele Menschen nach Berlin geflohen und emigriert. Die Geschichte
139 von Berlin zeigt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte die Stadt auch in Vergangen-
140 heit geprägt und bereichert haben. Aber das Jahr 2015 hat vieles in Bewegung gebracht:
141 Bundesweit – und auch in Berlin – hat es die Forderung nach sozialem Wohnungsbau
142 wieder in den politischen Fokus gerückt und uns zum Handeln gezwungen. Aber auch
143 die Verwaltung hat sich ein Stück weit geöffnet, es gibt verbindliche Kooperation mit
144 der Zivilgesellschaft, es gibt mehrsprachige Informationen und immer öfter auch mehr-
145 sprachige Mitarbeiter*innen. Die gesellschaftliche Teilhabe der Geflüchteten ist eine
146 Chance auf Innovationen für unsere Stadt. Innovationen, die Berlin als internationale
147 Metropole dringend braucht.

148 **Wir fangen nicht bei Null an**

149 Die rot-rot-grüne Landesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, die individuelle
150 Selbstbestimmung zu stärken, Diskriminierungen in allen Bereichen der Stadtgesell-
151 schaft entgegenzutreten sowie die bestehenden Einrichtungen/Instrumente und Maß-
152 nahmen zur Prävention und Sanktion von Diskriminierungen auszubauen und – wo
153 notwendig – zu erweitern. Dabei kommt unserer Senatsverwaltung für Justiz, Verbrau-
154 cherschutz und Antidiskriminierung eine Schlüsselrolle zu. Berlin hat ein vielfältiges
155 Beratungsangebot, das von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen wird und
156 Berliner*innen im Falle von Diskriminierung unterstützt. Wir haben die Beschwerde-
157 strukturen systematisch verstärkt sowie neue Handlungsfelder aufgebaut. Beispielswei-
158 se haben wir eine Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingerich-
159 tet, die vor dem Hintergrund des umkämpften Mietenmarkts gerade diejenigen unter-
160 stützen soll, die bei der Wohnungssuche systematisch diskriminiert werden. Des Weite-
161 ren haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich das Land Berlin im Rahmen der „UN-
162 Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ auf den Weg macht, gezielt Anti-Schwar-

163 zen Rassismus zu bekämpfen sowie bestehende Community-Strukturen für Schwarze
164 Berliner*innen zu stärken. Mit der Roma-Community haben wir eine Selbstvertretung
165 erarbeitet, die gesetzlich verankert werden wird. Die “Initiative geschlechtliche und se-
166 sexuelle Vielfalt” wurde von uns in einem umfassenden Community-Prozess neu gestartet,
167 um Homo- und Trans-Feindlichkeit in unserer Stadt weiter zurückzudrängen, LSBTIQ* zu
168 empowern und für Akzeptanz in der gesamten Stadtgesellschaft zu werben. Mit einem
169 Maßnahmenplan “Gegen jeden Antisemitismus!” wird Berlin künftig noch entschlosse-
170 ner und gezielter gegen antisemitische Einstellungen und Taten vorgehen. Viele weite-
171 re Maßnahmen haben wir angeschoben und umgesetzt. Uns ist aber auch klar, dass
172 noch vieles zu tun bleibt, um unserem Ziel näher zu kommen: allen Berliner*innen
173 Chancengleichheit zu garantieren und einen diskriminierungsfreien, selbstbestimmten
174 Zugang zum öffentlichen, politischen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

175 **Teilhabe ermöglichen - Inklusion gestalten**

176 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teil-
177 habe in allen gesellschaftlichen Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe mit-
178 einander aushandeln. Es ist Aufgabe der Politik, strukturelle und materielle Hürden und
179 Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche gleichberechtigte Teilhabe
180 verhindern. Diese Politik umfasst u.a. Wahlrecht, Wohnen und den Zugang zum Ar-
181 beitsmarkt.

182 Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen
183 dürfen nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesell-
184 schaft, wie alle anderen auch. Das ist ein weiterer Schritt voran in Richtung inklusiver
185 Gesellschaft, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir sind in Berlin in
186 der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits vorangegangen. Ein wei-
187 terer Schritt muss endlich das Wahlrecht für alle auf der kommunalen und auf der Lan-
188 desebene sein. Denn unabhängig davon, woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und
189 wie lange sie schon hier leben: Alle Berliner*innen sind #vonhier und haben das Recht
190 auf politische Mitbestimmung.

191 Inklusives Leben muss überall in unserer Stadt gelebt werden und wir stellen uns der
192 Verdrängung aus den Kiezen mit aller Kraft entgegen. Wir wollen keine Unterkünfte nur
193 für Geflüchtete bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermögli-
194 chen. Und aus demselben Grund müssen Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt
195 über Ort und Art des inklusiven Wohnens entscheiden können und die individuelle Un-

196 terstützung erhalten, die sie brauchen und wollen, egal ob Apartment, Wohngemein-
197 schaft oder Wohngruppen.

198 Wir wollen auch zum Arbeitsmarkt einen inklusiven Zugang und ein faires, diskriminie-
199 rungsfreies Bewerbungsverfahren.

200 Dazu gehören beispielsweise digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können
201 jeweils die Merkmale ausgeblendet werden, die ein faires, diskriminierungsfreies Be-
202 werbungsverfahren verhindern: Das kann die Namens- und Altersangabe sein, sowie
203 Angaben, die Hinweise auf eine Beeinträchtigung geben. In jedem Fall muss die Abbil-
204 dung der Person entfallen, da ein Foto Annahmen hinsichtlich fast aller im AGG genann-
205 ten Diskriminierungsmerkmale ermöglicht und weitere Diskriminierungsformen, wie
206 beispielsweise Gewichtsdiskriminierung, hier wirksam sind.

207 Für geflüchtete Menschen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt noch immer vom Aufent-
208 haltsstatus abhängig. Das ist alles andere als fair. Deshalb haben wir auf Bundesebene
209 ein eigenes Einwanderungsgesetz als Alternative zu den Gesetzentwürfen der Bundes-
210 regierung vorgelegt. Wir wollen eine Bleiberechtsregelung für afghanische Geflüchtete
211 und andere Menschen, die schon lange mit Duldung in Deutschland leben. Und da der
212 Bund den dringend nötigen Spurwechsel für Menschen, die hier arbeiten oder sich aus-
213 bilden wollen, nicht zustande bringt, arbeiten wir an einem Berliner Spurwechsel. Denn
214 wir wollen allen Menschen, die nach Berlin kommen ein selbstbestimmtes Leben er-
215 ermöglichen und sie in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit unterstützen.

216 **Alle haben Schutz verdient**

217 Für Bündnis 90/Die Grünen ist im Kontext sicherheitspolitischer Debatten und Maßnah-
218 men der Schutz und Ausbau der Bürger*innen- und Freiheitsrechte ein zentrales Ziel.
219 Wir wollen die Berliner Polizeibehörde nicht nur durch eine bessere Ausstattung und
220 angemessene Arbeitsbedingung stärken, sondern insbesondere Maßnahmen ergreifen,
221 die helfen, das Vertrauen der Bürger*innen in die Behörde auszubauen, da so Konflikte
222 zwischen Bürger*innen und Polizei effektiv verringert werden können. Wir setzen uns
223 für eine bürger*innennahe Polizei ein, die den Schutz der Grundrechte aller Menschen
224 sicherstellt und gleichzeitig offen mit eigenem Fehlverhalten umgeht.

225 Es kommt immer wieder vor, dass polizeiliche und ordnungsamtliche Kontrollen nicht
226 aufgrund von Verdachtsmomenten erfolgen, sondern überwiegend aufgrund bestimmter
227 körperlicher Merkmale einer Person – wie etwa der Hautfarbe – (Racial Profiling). Be-

228 sonders häufig sind hiervon People of Colour (PoC), Romnja*, türkei- und arabischstäm-
229 mige Menschen (bzw. die, die diese Zuschreibungen erfahren) betroffen. Diese Praxis
230 verstößt gegen das Grundgesetz, wie bereits mehrfach obergerichtlich festgestellt wur-
231 de.

232 Daher fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungs-
233 gesetz (ASOG) ein ausdrückliches Verbot von „Racial Profiling“ verankert wird. Anlasslo-
234 se Grundrechtseingriffe und verdachtsunabhängige Kontrollen durch die Polizei lehnen
235 wir ab, da diese Tür und Tor für Maßnahmen öffnen, die von Vorurteilen geprägt sind.
236 Außerdem fordern wir ein Recht der Bürger*innen direkt nach polizeilichen Kontrollen
237 eine Bescheinigung über die Kontrollen zu fordern, in denen Ort, Zeit und der Grund der
238 Kontrolle sowie Dienstnummer der durchführenden Beamt*innen festgehalten ist. Eine
239 solche „Quittung“ hat sich in vielen Ländern als wirksames Mittel gegen Racial Profiling
240 erwiesen. Außerdem ist es erforderlich, dass bei der Berliner Polizei eine Diversity-
241 Gesamtstrategie ausgearbeitet und implementiert wird. Ein wesentlicher Teil davon
242 muss die Stärkung der Aus-, Fort- und Weiterbildung für den mittleren, gehobenen und
243 höheren Vollzugsdienst in den Bereichen Diversity und Antidiskriminierung sein. Die
244 Teilnahme für Mitarbeiter*innen der Leitungsebenen ist verpflichtend auszugestalten.
245 Dazu gehört auch die Einführung eines „Community-Policing“-Konzepts zur Zusammen-
246 arbeit und Vertrauensbildung der Berliner Polizei mit insbesondere von Rassismus be-
247 troffenen Communities.

248 Schließlich fordern wir die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die bei
249 der*dem künftigen Polizeibeauftragten des Landes Berlin angesiedelt ist, an die sich
250 Bürger*innen im Falle von Diskriminierungen wenden können. Sie soll auch die polizei-
251 lichen Handlungsanweisungen, Geschäftsprozesse, Abläufe und Praxen im Hinblick auf
252 strukturelle Diskriminierung auswerten.

253 **Institutionellen Rassismus erkennen und abbauen**

254 Noch immer produzieren gesellschaftliche Institutionen Ausschlüsse, sei es die Polizei,
255 Schule, die Berliner Verwaltung oder die Jobcenter. Wer dies anspricht, stößt dabei in
256 der Regel auf enorme Abwehr und Widerstand. Institutioneller Rassismus und struktu-
257 relle Diskriminierung werden oftmals heruntergespielt oder schlichtweg geleugnet. Da-
258 bei ist die Fakten- und Studienlage klar: Schüler*innen mit einem „nicht deutsch“ klin-
259 genden Namen erhalten bei gleicher Leistung schlechtere Noten und seltener eine
260 Gymnasialempfehlung. Musliminnen mit Kopftuch bleibt der gleichberechtigte Zugang

261 zu Ausbildung und Arbeitsmarkt verwehrt. Trans* Personen sind überdurchschnittlich oft
262 von Arbeitslosigkeit und finanzieller Armut betroffen. Und in der Berliner Verwaltung
263 kommt nur eine verschwindend geringe Minderheit der Mitarbeiter*innen of Color in
264 den Leitungsebenen an; ganz zu schweigen davon, dass unter den Mitarbeitenden der
265 Anteil von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, kaum repräsentiert ist. Wir Grü-
266 ne wollen das nicht länger hinnehmen. Fakt ist: Rassismus kommt in allen gesellschaft-
267 lichen Bereichen vor. Statt institutionellen Rassismus kleinzureden, verlangen wir daher
268 umgekehrt eine Professionalisierung im Umgang mit ihm: Institutioneller Rassismus
269 muss konsequent identifiziert und abgebaut werden. Dafür müssen diskriminierungskri-
270 tische und diversitätssensible Organisationsentwicklungen und Organisationsuntersu-
271 chungen zum Einsatz kommen und von Leitungspersonen getragen werden. Staatliche
272 Einrichtungen müssen sich konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft öffnen.

273 Mit dem künftigen Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) sollen die öffentlichen
274 Einrichtungen des Landes Berlin bei der Förderung einer Kultur der Wertschätzung von
275 Vielfalt eine Vorbildfunktion erhalten. Diversity-Maßnahmen sollen darauf zielen, Dis-
276 kriminierungen abzubauen bzw. zu verhindern und Chancengerechtigkeit zu fördern.
277 Dies kann nur gelingen, wenn auch Strukturen in den Blick genommen werden, die bei-
278 spielsweise zur Unterrepräsentanz von bestimmten Gruppen – gerade auf Leitungsebe-
279 ne oder bei der Ausrichtung von Angeboten – führen. Nur auf diese Weise lässt sich
280 institutioneller Rassismus wirksam abbauen. Dabei stehen die Führungskräfte in beson-
281 derer Verantwortung. Maßnahmen zur Steigerung der Diversity-Kompetenzen müssen
282 daher in der Breite verankert werden. Dazu gehört auch, Formen von Vielfalt mitzuden-
283 ken und zu kommunizieren, die bisher noch keine Betrachtung finden, wie beispielswei-
284 se Gewichtsvielfalt. Hier ist noch ein weiter Weg zu gehen – in dieser Legislaturperiode
285 wollen wir aber die entscheidenden Weichen stellen!

286 Berlin hat zwar 2010 das bundesweit erste Partizipations- und Integrationsgesetz ver-
287 abschiedet, doch die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieses Gesetz nicht zur gleichbe-
288 rechtigten Teilhabe beitragen kann. Wir wollen uns bei der anstehenden Gesetzesnovel-
289 lierung dafür einsetzen, dass sich die Novellierung an dem Gleichstellungsgedanken des
290 Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) orientiert. Es geht nicht um Integration,
291 sondern im Sinne eines kollektiven Nachteilsausgleichs darum, Gruppen, die strukturell
292 diskriminiert werden, mit privilegierten Gruppen gleichzustellen. Wir halten zudem da-
293 ran fest: Der Begriff der „Rasse“ muss endlich aus Artikel 10 der Berliner Landesverfas-
294 sung und weiteren landesrechtlichen Regelungen gestrichen und zugunsten eines
295 Schutzes vor Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibung ersetzt werden.

296 **Strukturen dauerhaft verändern**

297 Eine moderne Antidiskriminierungsarbeit braucht flächendeckende, langfristige und
298 nachhaltige Finanzierung. Denn oft sind gerade sie es die Innovation und nachhaltige
299 Effekte in der Förderlandschaft initiieren. Wir wollen – dem Subsidiaritätsprinzip fol-
300 gend – eine Förderung von Organisationen der Zivilgesellschaft mit öffentlichen Mit-
301 teln, insbesondere von Migrant*innenselbstorganisationen und Neuen Deutschen Orga-
302 nisationen, denn wir sehen, dass die Feststellung von Problemen und Bedarfen in die-
303 sen Organisationen schneller und fachgerechter geschieht als in Politik und Verwaltung.
304 Projekte gegen Diskriminierung, als Unterstützung für den Einstieg ins Berufsleben oder
305 für Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sind auf zuverlässige und lang-
306 fristige Förderung angewiesen. Wo immer möglich sollte von der Projektförderung auf
307 Leistungsverträge umgestellt werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist seit vielen
308 Jahren an ökologische, soziale und Kriterien der Frauenförderung gekoppelt. Wir werden
309 daran selbstverständlich auch bei der aktuellen Neufassung des Berliner Vergabegeset-
310 zes festhalten. Gleichbehandlung und der Abbau von Diskriminierungen ist auch bei der
311 Verwendung staatlicher Mittel erforderlich. Wer öffentliches Geld verwendet, darf nicht
312 diskriminieren. Die Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und
313 entsprechend weiterer gesetzlicher Vorgaben sowie der damit verbundene Schutz der
314 Beschäftigten vor Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der Religion, einer Behin-
315 derung, des Alters, usw. ist deswegen zukünftig vor der Vergabe schriftlich zu vereinba-
316 ren.

317 Neben den Förderkriterien müssen wir auch alle anderen Strukturen dauerhaft verän-
318 dern. Ein einziges Diversitäts-Seminar reicht dabei nicht aus. Wir haben hier die Frauen-
319 bewegung und die vielfältigen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter zum
320 Vorbild. Wir brauchen daher überall Diversitäts-Beauftragte, Diversitäts-Räte und Gre-
321 mien, die sich dauerhaft und strukturell mit diesem Thema befassen. Ein Mittel, die Per-
322 spektive, Erfahrungen und das Fachwissen der Zivilgesellschaft einzubeziehen, sind Bei-
323 räte, deren Strukturen so gesetzt sind, dass sie tatsächliche Mitsprache erhalten und
324 keine zahnlosen Verwaltungstiger sind. Für die ehrenamtliche Mitarbeit in den Beiräten
325 muss es eine angemessene Aufwandsentschädigung geben.

326 Wir Grüne wollen, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen gehört werden, in
327 Politik und Gesellschaft. Dazu müssen Kinder und Jugendliche an Entscheidungen betei-
328 ligt werden, und zwar nicht nur bei Themen wie Spielplatzbau, sondern bei allen wich-
329 tigen politischen und gesellschaftlichen Themen, auch bei der Stadtentwicklung und

330 beim Verkehr. Jugendpartizipation ist wichtig. Wir wollen niedrigschwellige Angebote
331 und Beteiligungsformate, die Kindern und Jugendlichen Lust darauf machen, sich einzu-
332 bringen. Wir unterstützen die Kinder- und Jugendparlamente, die es schon in einigen
333 Bezirken gibt, daneben aber auch die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros in den
334 Bezirken und die Jugendarbeit in Stadtteilzentren, Jugendclubs und an den Schulen. Kin-
335 der und Jugendliche in Berlin wollen mitmischen, die Politik muss dafür Räume eröffnen
336 – und zwar auch dann, wenn Kinder und Jugendliche ganz andere Vorstellungen haben
337 als Erwachsene und deren Welt auf den Kopf stellen.

338 Das kommende Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist für eine dauerhafte, struk-
339 turelle Veränderung von großer Bedeutung. Es wird bestehende Regelungslücken des
340 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene endlich für Berlin
341 schließen. Denn zum ersten Mal wird damit auch anerkannt, dass der Staat nicht nur bei
342 der Antidiskriminierungsarbeit eine wichtige Rolle spielt, indem er zivilgesellschaftliche
343 Projekte im Kampf gegen Diskriminierung, bei Beratung- und Empowermentarbeit un-
344 terstützt, sondern dass der Staat mit seinen Verwaltungen und Behörden selbst auch ein
345 potentiell diskriminierender Akteur ist. Das LADG wird hier endlich eine rechtliche
346 Handhabe ermöglichen. Von staatlicher Ungleichbehandlung Betroffene können zukünf-
347 tig einen Ersatz für den entstandenen Schaden und eine Entschädigung vor Gericht gel-
348 tend machen.

349 Mit dem LADG wird Berlin bundesweit eine Vorreiter*innenrolle einnehmen und Druck
350 für eine Reform des AGG aufbauen. Denn dank grüner Initiative wird es antidiskriminie-
351 rungsrechtliche Innovationen wie einen erweiterten Merkmalskatalog und ein Ver-
352 bandsklagerecht einführen. Im Rahmen der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer
353 Herkunft“ hat unsere grüne Senatsverwaltung für Antidiskriminierung einen umfassenden
354 Konsultationsprozess durchgeführt. Dessen Ergebnisse sollen nun in einen ressort-
355 übergreifenden Aktionsplan für die Teilhabe Schwarzer Menschen und gegen Anti-
356 Schwarzen Rassismus münden. Berlin wäre damit deutschlandweit Vorreiterin. Dabei
357 wollen wir auch Community-Strukturen dauerhaft und gezielt stärken, dies könnten eine
358 empowernde Familien- und Jugendberatung für und von Schwarzen Menschen sowie
359 ein Schwarzes Communityzentrum sein.

360

361

362 **Don't shoot the messenger**

363 Wir brauchen eine (Debatten) Kultur, in der das Ansprechen von Problemen gewürdigt
364 und nicht gemaßregelt oder relativiert wird. Wir brauchen eine Kultur, in der Institutio-
365 nen, Firmen oder Verbände, die Rassismus oder Diskriminierungen in ihren Strukturen
366 benennen eine Anerkennung erfahren. Das Problem sind nicht diejenigen, die Rassismus
367 und Diskriminierung in ihren Reihen aufarbeiten, sondern jene, die leugnen, dass es
368 Rassismus gibt. Partei zu ergreifen für die Interessen einer Gruppe, die mit einer ande-
369 ren im Konflikt steht, bedeutet nie ein Parteiergreifen für die eine Gruppe gegen die
370 Andere, sondern ein Einstehen für die Werte und Überzeugungen der Grünen Partei.

371 **Bei den Kleinen fängt es an**

372 Bereits in ihrer Kindheit und Jugend machen Berliner*innen Diskriminierungserfahrun-
373 gen. Das haben im vergangenen Jahr sowohl die #MeTwo-Debatte als auch Berichte
374 über Vorfälle an Berliner Schulen noch einmal eindrücklich dargelegt. Es ist zudem
375 deutlich geworden, dass die Diskriminierung in vielen Fällen auch vom Lehrpersonal
376 ausgeht. Bereits in frühen Jahren müssen also Kinder, die sich in unseren Bildungsein-
377 richtungen in einem Abhängigkeitsverhältnis befinden, rassistische, sexistische, den
378 dicken Körper stigmatisierende oder behindertenfeindliche Zuschreibungen ertragen.
379 Dadurch werden gesellschaftliche Ausschlussmechanismen fortgeschrieben, die unse-
380 rem demokratischen Gemeinwesen als Ganzes schaden.

381 Diesem bedenklichen Zustand muss etwas entgegengestellt werden. Empörung über
382 vermeintliche Einzelfälle reicht nicht aus. Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen Dis-
383 kriminierungen an Berliner Schulen. Berliner Schüler*innen haben ein Recht auf diskri-
384 minierungskritische Bildung! An Berliner Schulen braucht es einen nachhaltigen, struk-
385 turellen und präventiven Umgang mit Diskriminierung. Es gibt Schutz- und Beratungs-
386 lücken, die wir schließen wollen. Es kann nicht sein, dass die Opfer von Diskriminierung
387 die Schule wechseln müssen, diskriminierendes Lehrpersonal aber nicht sanktioniert
388 wird und sich an den diskriminierenden Strukturen und Praxen nichts ändert. Eine dis-
389 kriminierungssensible Schulkultur ist eine zentrale Aufgabe von Leitungspersonal und
390 Schulentwicklung.

391 Nachdem auf grüne Initiative hin bereits ein aktives Diskriminierungsverbot im Berliner
392 Schulgesetz verankert wurde, fordern wir nun einen umfassenden Diskriminierungs-
393 schutz an Berliner Schulen, der den Betroffenen eine transparente Beschwerde- und
394 Interventionsstruktur sowie ihnen verbindliche Präventions-, Informations-, Beratungs-
395 und Empowermentangebote zur Verfügung stellt. Opfer von Diskriminierung dürfen

396 nicht allein gelassen werden. Bei Diskriminierungsfällen braucht es eine klare Interven-
397 tionskette. Dazu gehört es, dass es an jeder Schule eine qualifizierte Ansprechperson
398 gibt, die Betroffene berät und alle gemeldeten Diskriminierungsfälle aufklärt sowie die-
399 se gegenüber der zuständigen Schulaufsicht und der Antidiskriminierungsbeauftragten
400 der Senatsbildungsverwaltung berichtet. Alle Schulen sollen in einem partizipativen
401 Prozess eine Antidiskriminierungsstrategie erarbeiten. Wir werden den Schulleitungen
402 zur Entlastung externe Organisationsentwickler*innen zur Seite stellen. Und wir wollen,
403 dass Berlin eine unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierung an Schulen einrich-
404 tet.

405 Zu den schulischen Strategien gegen Diskriminierung gehört zudem die Förderung der
406 Wertschätzung von Vielfalt. Dazu braucht es Wissensvermittlung über unterschiedliche
407 Diskriminierungsformen und die Vermittlung von Diversitykompetenzen. Die kontinuier-
408 liche und verpflichtende pädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Anti-
409 diskriminierung, Intersektionalität und Diversitykompetenz soll verankert und verstärkt
410 und mindestens für alle Lehrkräfte und das Leitungspersonal obligatorisch werden. Die
411 Inhalte müssen sich dabei am realen Bedarf der Schulen orientieren und dürfen nicht
412 auf die durch das AGG adressierten Formen von Diskriminierung begrenzt sein. Ge-
413 wichtsdiskriminierung kommt an Schulen beispielsweise äußerst häufig vor, doch bisher
414 gibt es hier keinen gesetzlichen Diskriminierungsschutz. Auch das Schulmaterial ist im
415 Hinblick auf diskriminierungskritische, wissenschaftlich geprüfte Standards zu überar-
416 beiten bzw. zu erstellen und auszuwählen. Nach dem Vorbild der Fachstelle für Queere
417 Bildung
418 fordern wir zur Unterstützung die Einrichtung einer Fachstelle für Intersektionale Bil-
419 dung.

420 **Selbstbestimmt im digitalen Leben**

421 Das Internet ist nicht nur erweiterter Lebensraum für uns Menschen, sondern auch Aus-
422 tragungsort handfester wirtschaftlicher und politischer Interessen. Hasskommentare
423 und Propaganda, Zensur und Fake-news, Tracker und intransparente Datenabschöpfung
424 schränken die individuelle Freiheit ein und gefährden den demokratischen Grundkon-
425 sens. Algorithmen, KI und Social Bots prägen und beeinflussen Meinungsbilder. Ein ge-
426 rechtes Netz bedeutet für uns auch, jede und jeden ausreichend und sinnvoll zum Bei-
427 spiel vor Beleidigungen oder Desinformationen durch Lügen zu schützen.

428 Wir erachten kreative Ausdrucksweisen und den freien Austausch in neuartigen Formen
429 an sich für schützenswert. Wir verteidigen die Rechte der Bürger*innen, wir treten ein
430 für Datenschutz und Netzfreiheit. Alle User*innen haben die Hoheit über ihre Daten und
431 benötigen dazu Transparenz und Klarheit. Darauf und insbesondere die Rechte von
432 Minderjährigen werden wir auch in Berlin bspw. bei der Einführung der elektronischen
433 Akte achten und wollen die Serviceangebote der Verwaltung umfassend erweitern.

434 Zeitgemäße schulische Bildung und Jugendarbeit, die mündige und selbstbestimmte
435 Bürger*innen im digitalen Zeitalter als ein zentrales Bildungsziel ansieht, bedeutet für
436 uns mehr als das Schreiben von Quellcodes und das Whiteboard als Tafelersatz. Sie be-
437 handelt die Chancen internationaler Freundschaften, schneller Faktenchecks und daten-
438 sicherer Messengerdienste ebenso wie die Risiken von Cybermobbing, Manipulation und
439 Desinformation. Zeitgemäß ist für uns auch die Vereinsarbeit im eSport, die im regiona-
440 len wie weltweiten sportlichen Wettstreit Daten- und Jugendschutz achtet. Selbstbe-
441 stimmtes Leben endet nicht an den Toren des www.

442 **Es braucht Raum um selbstbestimmt Leben zu können**

443 Was für uns heute selbstverständlich ist, musste früher hart erkämpft werden. Das ver-
444 gessen wir nicht. Gerade Menschen mit schwul-lesbischen oder migrantischen Identitä-
445 ten haben oft erst in den Berliner Freiräumen - teils in der Illegalität - Freiheit und Res-
446 pekt erfahren. Viele junge Menschen erfahren in Jugendclubs das erste Mal Anerken-
447 nung und Empowerment die sie zu selbstbewussten Bürger*innen machen. In unserer
448 Gesellschaft müssen gewonnen Freiheiten verteidigt werden aber auch weiterhin für
449 mehr Anerkennung und Recht für alle gekämpft werden. Auch deshalb gehören die exis-
450 tierenden und die zu erobernden Freiräume Berlins zur einzigartigen Kultur unserer
451 Stadt und ihr Erhalt muss mehr politische Priorität bekommen.

452 Selbstbestimmt zu leben bedeutet nicht nur, das tun zu können was man will, sondern
453 auch einen Raum, einen Ort und eine Gegend zu haben, in der man sich frei entfalten
454 kann; wo keine Marginalisierung stattfindet und auch Teilhabe ermöglicht wird. Dies
455 beinhaltet Wohnprojekte für lesbische oder migrantische Communities, genügend zent-
456 rale Flächen und Büroräume für Initiativen und Verbände in der Stadt, Orte zum Feiern
457 und Orte zum Erholen, genauso wie Platz für alternative Wohnentwürfe, wie Flöße auf
458 dem Wasser oder Wagenburgen auf dem Land. Wir setzen bei öffentlichen Neubauten
459 wie im Wohnungsbau auf inklusive und zugleich familien- und generationengerechte
460 Modelle, die flexibel und vielfältig nutzbar sind. Auch in einer sich zunehmend verdich-

461 tenden Stadt ist es entscheidend, dass diese Orte geschützt und zusätzliche geschaffen
462 werden – denn Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf, sie brauchen aber auch
463 Orte und Gegenden, in denen sie sich entfalten und leben können. Seien es Grünflä-
464 chen, soziale Einrichtungen, Spielplätze, Partylocations oder Begegnungszonen – diese
465 Orte, die meist kostenlos nutzbar sind, sind gerade für Menschen, die sich privat nicht
466 viel Platz zum Leben leisten können ein elementarer Ort der Erholung und der Selbst-
467 verwirklichung. Dabei gilt es immer, den Interessensaustausch auch zu wahren: Wir wol-
468 len, dass es in Berlin sowohl möglich ist, die Nacht durch zu feiern, als auch zu schlafen.
469 Bündnis 90/Die Grünen tritt daher dafür ein, die Räume die es jetzt schon gibt zu schüt-
470 zen, bei Planung von neuen Quartieren auch genug Frei- und sozial nutzbaren Raum zu
471 schaffen, sowie durch Entsigelung und Umwidmung, gerade von Parkplätzen, weiteren
472 Raum zu gewinnen. Die Schaffung eines lesbischen Wohnprojektes hat dafür für uns
473 zentrale Bedeutung.

474 Um auf Dauer eine gute Planung zu gewährleisten, fordern wir ein öffentliches Flächen-
475 kataster, das eine faire Übersicht des Status quo ermöglicht und auch die städtischen
476 Betriebsflächen mit einbezieht. Dies würde die Entscheidungen der Behörden um ein
477 Vielfaches transparenter und damit nachvollziehbarer für alle Bewerber*innen machen.
478 Auch bei Nichtbedarf an öffentlicher Infrastruktur müssen Grundstücke und Bauten zu-
479 dem dauerhaft im Eigentum des Landes Berlin bleiben.

480 Wir wollen auch das Kleingewerbe in der Stadt schützen. Sei es ein Bäcker, der Schus-
481 terladen, die Bibliothek, ein*e Klempner*in oder ein Fahrradgeschäft, diese kleinen Lä-
482 den sind wichtig, damit ein gutes Leben im Kiez möglich ist und Gegenstände auch
483 günstig repariert werden können. Wenn die Anfahrt der*s Handwerker*in, weil sie*er
484 eben nicht mehr in der Nähe ihr Geschäft hat, mehr kostet als eine Neuanschaffung ist
485 dies auch aus ökologischer Sicht ein Desaster. Daher muss auch bei zunehmender Ver-
486 drängung eine Grundversorgung der wichtigsten Dienste im Kiez ermöglicht werden.
487 Ein Schutz der Gewerbemieten ist daher unumgänglich und für ein gutes Leben elemen-
488 tar.

489 **Selbstbestimmte Kreativ- und Kulturräume verteidigen und neu** 490 **schaffen!**

491 Was Berlin als Stadt ausmacht, sind auch ihre kreativen und Freiräume. Doch die sind in
492 Gefahr, sei es durch explodierende Gewerbemieten, sei es durch eine Überbebauung
493 von Freiflächen, bei denen Kommerz vor Kultur geht. Ob Potse/Drugstore, das Lichten-

494 berger Rockhaus oder die unzähligen bedrohten Atelierstandorte: Wenn Berlins Bezirke
495 nicht genauso monokulturell und gesichtslos werden sollen, wie es die Innenstädte an-
496 derer Metropolen heute schon sind, müssen wir der Verdrängung von Kulturorten end-
497 lich Einhalt gebieten. Das kann nur durch einen Dreiklang von Sichern, Sanieren und
498 eine strategische Stadtentwicklungspolitik geschehen, die Kunst und Kultur schon in
499 der Planungsphase mitdenkt. Unser besonderes Augenmerk gilt den öffentlichen Immo-
500 bilien, die bislang zu wenig oder gar nicht genutzt werden. Niemand versteht, warum
501 große Flächen im ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof oder am Museumsstandort
502 Dahlem leer stehen - bei allen Herausforderungen, die hier Sanierungstau, Denkmal-
503 oder Brandschutz mit sich bringen. Wir stehen zu dem Versprechen, Tempelhof für kul-
504 turelle Nachnutzungen zu öffnen - wer einem reinen Verwaltungsstandort das Wort re-
505 det, hat die Potentiale dieses Ortes nicht verstanden. Wir wollen außerdem, dass die im
506 Koalitionsvertrag verankerte Agentur für kulturelle Zwischennutzungen und das Kultur-
507 kataster endlich auch umgesetzt werden. Berlin verlor schon zu viel einzigartige Club-
508 und Kreativkultur weil Investoren rücksichts- oder ahnungslos bauten und nach Vollen-
509 dung der Lärmschutz wiederum zu einer Schließung der Orte führten. Genug davon!
510 Denn viele Konflikte lassen sich lösen, wenn sie früher angegangen werden. Das von
511 der Clubcommission erarbeitete Clubkataster muss auf Verwaltungsebene bekannter
512 gemacht werden und in die offiziellen Planungsinstrumente Eingang finden. Außerdem
513 wollen wir erneut prüfen, ob das in London bereits gängige "Agent of Change" Prinzip
514 sich in verbindliches Recht umsetzen lässt. Die Rummelsburger Bucht steht exempla-
515 risch für den notwendigen Paradigmenwechsel in Berlin: Jahrelang wurden Investoren
516 mit Kusshand genommen um Flächen zu entwickeln. Die dort gewachsenen Strukturen
517 wurden ignoriert oder auf eine geduldete Zwischennutzung reduziert. Statt Luxuswoh-
518 nungen und Aquarium braucht die Gegend aber neben bezahlbaren Wohnraum und so-
519 zialer Infrastruktur auch weiterhin Grünflächen und Freiräume. Wir erwarten, dass die
520 BVV Lichtenberg den alten Bebauungsplan in der vorliegenden Form nicht annimmt. Die
521 Stadt und ihre Bedarfe haben sich radikal geändert. Der Senat muss die Entwicklungs-
522 ziele für die Rummelsburger Bucht neu bestimmen und sich gemeinsam mit den An-
523 wohnenden und der Stadtgesellschaft auf eine nachhaltige Entwicklung des Areals er-
524 arbeiten. Schwerpunkt muss dabei auch der Erhalt von Altbestand, Natur und Freiräu-
525 men in gemeinwohlorientierter Entwicklung haben.

526 **Ausgrenzende Gesetze abschaffen**

527 Noch immer gibt es viele Gesetze, die ein selbstbestimmtes Leben behindern und Men-
528 schen vorschreiben, wie sie mit sich und ihrem Körper umzugehen haben. Diese wollen

529 wir verändern und für alle gerecht gestalten. So wollen wir beispielsweise endlich das
530 Transsexuellengesetz auf Bundesebene abschaffen. Wer sein bei der Geburt zugewiese-
531 nes Geschlecht ändern will, tut dies nicht aus irgendeiner Laune heraus.
532 Trans*Menschen brauchen keine Hürden, sondern müssen unterstützt werden. Deshalb
533 brauchen wir ein Gesetz, das dem Gedanken der Selbstbestimmung und nicht der Patho-
534 logisierung folgt. Des Weiteren muss der Begriff der Rasse endlich aus dem Grundgesetz
535 gestrichen bzw. ersetzt werden. Auch das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit
536 Gebärmutter darf nicht länger durch das Strafgesetzbuch kriminalisiert werden, wie es
537 die Paragraphen 218 und 219 tun. Der vermeintliche „Kompromiss“ rund um den Para-
538 graphen 219a reicht uns deshalb bei weitem nicht aus. Wir kämpfen weiter für eine Ab-
539 schaffung und für die Entkriminalisierung eines Abbruchs der Schwangerschaft. Dafür
540 müssen die Paragraphen 218 und 219 gestrichen werden. Selbstbestimmung bedeutet
541 für uns, dass Frauen frei von jeglichem Stigma über ihren Körper und eine mögliche
542 Schwangerschaft entscheiden können.

543 Wir kämpfen nach der Ehe für alle weiter für die vollständige Gleichstellung aller Fami-
544 lien, unabhängig vom Geschlecht der Eltern. Eine rechtliche Regelung für Regenbogen-
545 und Patchworkfamilien mit bis zu vier erziehungsberechtigten Elternteilen wollen wir in
546 geltendes Recht überführen. Familie ist wo Menschen füreinander Verantwortung über-
547 nehmen.

548 Im Mittelpunkt der Drogenpolitik muss die Selbstbestimmung und Freiheit von erwach-
549 senen Konsumierenden stehen. Jegliche Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden
550 lehnen wir strikt ab und setzen uns darüber hinaus für legale Abgabeformen ein. Diese
551 müssen sich nach dem konkreten Risiko der jeweiligen Substanz richten. Klar ist aber
552 auch: Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz ist nicht verhandelbar. Insbesondere
553 Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Stigmatisierung ist keine passenden
554 Antworten für Menschen, besonders bei Menschen, die an einer Abhängigkeitserkran-
555 kung leiden. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung und keine Hand-
556 schellen. Wir Grüne setzen auf Aufklärung, Prävention und Transparenz und darauf, dass
557 Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder niedrig-
558 schwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind. So muss bei-
559 spielsweise ein grundsätzliches Werbeverbot für alle Drogen bestehen, auch für Alkohol
560 und Tabak. Praktische Antworten auf unsere Forderungen sind: die kontrollierte Abgabe
561 von Cannabis, Drug-Checking (das sowohl die stationäre als auch die mobile Sub-
562 stanzanalyse möglich macht), die feste Etablierung und Ausweitung einer Naloxon-
563 abgabe an opiatabhängige Menschen, den weiteren Ausbau der Präventionsarbeit, eine

564 Erhöhung der nichtverfolgbaren Menge von 15 auf 30 Gramm Cannabis und die Einfüh-
565 rung einer geringen Mengen auch für weitere Substanzen. Außerdem werden wir uns im
566 Bundesrat für eine umfassende Reform des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen. Auch
567 wenn unter den aktuellen politischen Mehrheiten zwar die notwendige Reform des
568 BtmG nicht zu erwarten ist, so verbleibt zumindest die Möglichkeit festzuschreiben, dass
569 die Bundesländer selbst darüber entscheiden können, ob sie Modellversuche hinsicht-
570 lich legaler Abgabeformen durchführen.

571 Auch und gerade Alleinerziehende haben es oft mit gesetzlichen Ungerechtigkeiten zu
572 tun, weil sie nicht der Norm entsprechen, an der die Politik ausgerichtet wird. Stattdes-
573 sen findet sogar oft eine Stigmatisierung statt. Dies wollen wir ändern, denn für uns gilt,
574 dass die Erziehung eines Kindes unterstützt werden muss, egal von wem und in welcher
575 Form. Deshalb wollen wir Steuermodelle, die ein bestimmtes Zusammenleben finanziell
576 fördern überwinden und steuerliche Bevorzugungen dort zum Tragen bringen, wo Kin-
577 der groß werden.

578 Grüner Druck macht sich bezahlt: Endlich wird das Land Berlin den Klageweg beschrei-
579 ten, um das Neutralitätsgesetz bis zu einer höchstrichterlichen Prüfung zu bringen. Es
580 ist für uns nicht hinnehmbar, dass auf dem Rücken einiger weniger Frauen derzeit öf-
581 fentlich ausgetragen wird, ob dieses Gesetz rechtens ist. Denn für uns ist klar, vermeint-
582 liche Neutralität kann nicht dazu führen, dass in öffentlichen Debatten Frauen vorge-
583 schrieben wird, was sie anzuziehen haben oder eben nicht.

584 Das 2018 in Kraft getretene Prostitutionsschutzgesetz hat im Gegensatz zu seiner Be-
585 zeichnung die Arbeitsbedingungen der Sexarbeitenden verschlimmert. Wir wollen die
586 Rechte der Sexarbeitenden genauso wichtig nehmen, wie die anderer Berufsgruppen
587 und uns für die Verbesserung der Umsetzung und die Veränderung bestehender Rege-
588 lungen einsetzen. Im Rahmen der Mitwirkung der Landesregierung bei der Gesetzge-
589 bung des Bundes wollen wir für die dringend notwendige Schaffung angemessener Ge-
590 setze bzw. die Abschaffung einschränkender Regelungen eintreten.

591 **Gemeinsam anders**

592 Eine tatsächlich vielfältige Gesellschaft, die gemeinwohlsolidarisch die Verantwortung
593 für die Zukunft übernimmt, ist eine vielfältige, friedliche und erfolgreiche. Um dieses
594 Ziel zu erreichen, brauchen wir die Weiterentwicklung der Mehrheitsdemokratie hin zur
595 vielfältigen Demokratie, die Minderheitenrechte als wesentlichen Bestandteil demokra-
596 tischer Entscheidungsprozesse wahrt. Wir wissen auch, dass dies nur gelingen kann,

597 wenn man streitet, diskutiert und aufeinander zu geht. Dass in einer Metropole wie Ber-
598 lin unterschiedliche Interessen verschiedenster Gruppen erst einmal aufeinander tref-
599 fen, ist vollkommen normal. Wer Vielfalt leben will, muss dies gestalten, muss den Inte-
600 ressensaustausch organisieren und den Marginalisierten zur Seite stehen.

601 Die Kraft unserer Gesellschaft, die sie tragfähig, friedlich und sozial sein lässt, liegt da-
602 rin, dass wir gemeinsam für unsere Unterschiedlichkeit eintreten. Lasst uns gemeinsam
603 neue Wege gehen, damit alle von uns nach ihrer Fassung, hier in Berlin und darüber hin-
604 aus, glücklich werden können.